

Tempo 30/80/100 jetzt – für unsere Kinder, unsere Umwelt, unsere Zukunft

Wien/Innsbruck, 08. Mai 2023 – Nach drei Monaten ziehen die Initiator:innen von „Tempo 30/80/100 jetzt“ Bilanz: trotz steigenden Problembewusstseins in der Bevölkerung ist die Politik weiterhin nicht bereit, diesen wichtigen Schritt zu setzen.

Die Unterstützung für den Vorschlag, die gesetzliche Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen auf 100 km/h, auf Freilandstraßen auf 80 km/h und im Ortsgebiet auf 30 km/h zu senken, war von Beginn an breit. Bürgermeister:innen (u.a. jene von Innsbruck, Bregenz und Lustenau), Journalist:innen, Schauspieler:innen, Musiker:innen, Fachleute und Bürger:innen solidarisierten sich mit der Forderung. Große Umweltschutzorganisationen, Interessensvertretungen und die for-future-Bewegung trugen sie mit. Wissenschaftler:innen unzähliger Forschungsbereiche schließen sich an. *„Vom kleinen Mostviertler Verein über die Friday-for-future-Bewegung bis zum privaten österreichischen Autobahnbetreiber – die Zustimmung zu den wissenschaftlich fundierten Forderungen ist überwältigend“*, sieht Univ.-Prof. Günter Emberger (TU Wien) die Initiative führender österreichischer Verkehrsinstitute bestätigt.

Weit über 70 Medienberichte belegen die Relevanz und Aktualität des Themas, das durch die Initiative medial deutlich präsenter wurde. *„In den letzten drei Monaten hat es mindestens drei repräsentative Umfragen zu Tempo 100 auf Autobahnen gegeben“*, freut sich Univ.-Prof. Astrid Gühnmann (BOKU Wien) über die verstärkte Präsenz in der öffentlichen Diskussion. *„Und die Diskussion wirkt: im Vergleich zum Vorjahr hat die Zustimmung in der Bevölkerung zu Tempo 100 auf Autobahnen stark zugenommen.“*

Die offiziellen Rückmeldungen auf den offenen Brief der Initiator:innen waren hingegen enttäuschend. Von den adressierten Verkehrssprechern der fünf im Nationalrat vertretenen Parteien kam keine einzige Antwort. Lediglich zwei der neun Verkehrslandesrät:innen – jene aus Niederösterreich und Vorarlberg – antworteten auf den offenen Brief, verwiesen aber auf die Zuständigkeit des Bundes. Dabei richteten sich einige der Forderungen, wie z.B. die Erhöhung der Kontrolldichten durch die Polizei oder die Reduktion der bundesländerspezifischen Straftoleranzen explizit an die Landespolitik. Auch die Rückmeldung von Bundesministerin Leonore Gewessler war ernüchternd: im Nationalrat gebe es keine Mehrheit, daher beruhe Klimaschutz und Verkehrssicherheit weiterhin auf Appellen. Umso stärker fällt die Rückendeckung durch die Österreichische Universitätenkonferenz ins Gewicht, die kürzlich „entschlossenes politisches Vorgehen“ zur „Einhaltung zukunftsfähiger Klimaziele“ [vehement eingefordert hat](#). *„Unser Wunsch, dass sich die Politik endlich ernsthaft mit einer Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auseinandersetzt, wurde noch nicht erhört“*, resümiert Univ.-Prof. Martin Berger (TU Wien). *„Daher fordern wir die politischen Entscheidungsträger in Bund und Ländern noch einmal nachdrücklich auf, diese hoch effektive Maßnahme gemeinsam rasch umzusetzen. Sonst verstärkt sich der Eindruck, dass ihre Aussagen zum Klimaschutz nur Lippenbekenntnisse sind und Lösungen damit auf die lange Bank bzw. in die nächste Generation geschoben werden“*, bekräftigt Univ.-Prof. Markus Mailer (Universität Innsbruck).

Aus der Bevölkerung kommt ein deutlicher Rückhalt für die Forderungen. Neben unzähligen positiven Rückmeldungen häuften sich die Anfragen, wie die Initiative nach niedrigeren Tempolimits unterstützt werden könne. Die Plattform Verkehrswende.at hat kürzlich die Petition [„Tempo senken – Leben retten“](#) gestartet, die die Forderung nach niedrigeren Tempolimits an den Nationalrat richtet. Viele Rückmeldungen fragten auch nach einer Möglichkeit, die eigene Unterstützung für die Initiative Tempolimit-jetzt nach außen hin sichtbar zu machen. Dafür steht nun ein Sticker zum [Download bzw. Bestellen](#) bereit.